

Betreff:

Optische Aufwertung der Bleichstraße

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) die Bleichstraße aus Mitteln des Programms ‚Soziale Stadt‘ in der Weise zu sanieren, wie es mit der Wellritzstraße bereits erfolgreich geschehen ist (z. B. attraktive Pflasterung der Gehsteige, Aufwertung der Straßenbeleuchtung etc),
- b) für den Platz der Deutschen Einheit, insbesondere für die vordere Bleichstraße und für den Faulbrunnenplatz, ein kombiniertes sozial- und ordnungspolitisches Konzept zu entwickeln, das geeignet ist, der dortigen Trinker- und sonstigen Rauschgiftszene eine nachhaltige Stütze zu geben und damit gleichzeitig die Anwohnerschaft wie die Passanten von den Auffälligkeiten dieser Szene zu entlasten.

Begründung:

Zu a)

Die optische bzw. kosmetische Aufwertung der Bleichstraße wird wesentlich zur Hebung ihrer Attraktivität beitragen, was positive Auswirkungen auf die dortige Geschäftswelt nach sich ziehen wird. Um der Schließung bzw. Abwanderung von Firmen vorzubeugen, ist die Verbesserung der äußeren Rahmenbedingungen der Bleichstraße dringend angezeigt.

Zu b)

Die am Platz der Deutschen Einheit etablierte Trinker- und sonstige Rauschgiftszene meidet die von den Videokameras abgedeckten Kontrollbereiche und weicht in umliegende Bereiche, insbesondere in die vordere Bleichstraße, an den Faulbrunnenplatz und die untere Bertramstraße aus. Dies hat für die dortige Anwohnerschaft in erheblichem Maße negative Folgen, wie jüngst in einem Workshop der SEG wieder einmal eindrucksvoll zu hören war (z. B. eingekotete Hauseingänge, hinterlassene Spritzbestecke etc).

Eine soziale Unterstützung der ‚Alkis‘ und ‚Junkies‘ durch beispielsweise Streetworker ist angesichts der beklagten und seit Jahren fortdauernden Auffälligkeiten längst fällig. Eine fachliche Begründung für die bisher ablehnende Haltung zu einem derartigen Ansatz blieb der Magistrat bis heute schuldig.

Von einer sozialarbeiterischen Betreuung würde nicht nur die Szene selbst profitieren. Den subjektiv empfundenen Bedrohungsängsten und gelegentlichen faktischen Belästigungen der stadtwärts bzw. heimwärts strebenden Passantinnen und Passanten (z. B. durch Anpöbeleien etc.) würde durch den Einsatz solcher Kräfte gleichzeitig entgegen gewirkt. Eine deutliche Steigerung flankierender Kontrollgänge durch Ordnungskräfte wäre ergänzend geeignet, die angestrebte Entlastung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne eines Synergieeffektes zu verstärken.

Den Auffälligkeiten allein durch gesteigerte Kontrollgänge der Ordnungskräfte zu begegnen, birgt das Risiko, lediglich ein Ausweichen der Szene in andere Stadtbereiche bewirken. Damit würde die

Antrag Nr. 07-O-02-0052

SPD-Fraktion

Belastung nach dem St. Floriansprinzip nur einem anderen Stadtteil zugeschoben, beseitigt wäre sie nicht. Da eine örtliche Verlagerung keine Bewältigung des Problems darstellt, muss durch ein tragfähiges Konzept versucht werden, den aktuellen Missstand ‚vor Ort‘ zu verbessern. Dieses Konzept -soll es Wirkung erzielen- wird nur im Verbund von sozial- und ordnungspolitischen Maßnahmen als aussichtsreich eingeschätzt.

Wiesbaden, 01.10.2007